



Düsseldorf, 21.09.2023

Kommunen schlagen Alarm: Handlungsfähigkeit gefährdet

Hilferuf der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an Ministerpräsident Wüst – massive Steuererhöhungen vermeiden

Die Städte und Gemeinden in NRW sind tief beunruhigt über die Entwicklung der kommunalen Haushalte und fordern Bund und Land auf, schnell und entschlossen gegenzusteuern. In einem Brief an Ministerpräsident Hendrik Wüst machen 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister deutlich, dass die beispiellose Anhäufung von Belastungen den Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung gefährdet.

„Die Summe an aktuellen Herausforderungen überfordert die Kommunen“, stellte Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer anlässlich der Übersendung des Schreibens fest. „Während die Steuereinnahmen stagnieren und Bund und Land Zuweisungen kürzen, explodieren die Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie die Versorgung von Geflüchteten. Zusätzlich konfrontieren Bund und Land die Städte und Gemeinden mit neuen Aufgaben wie etwa dem Rechtsanspruch auf Ganztags, ohne die nötigen Mittel bereitzustellen“, kritisierte Ruthemeyer.

„Die chronische Unterfinanzierung und die Vielzahl an Krisen nehmen uns die Luft zum Atmen“, sagte der Präsident des kommunalen Spitzenverbandes. „Wenn Bund und Land nicht endlich ein Einsehen haben und die Kommunen so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können, schlittern wir 2024 ungebremst in die Handlungsunfähigkeit“, warnte Ruthemeyer. Nach einer aktuellen Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW gehen aktuell mindestens vier von zehn Kämmereien davon aus, im kommenden Jahr in die Haushaltssicherung gehen zu müssen.

„Die Folgen werden unmittelbar vor Ort zu spüren sein“, sagte Ruthemeyer. „Wenn Bund und Land untätig bleiben, bleibt vielen Städten und Gemeinden nichts anderes übrig, als die Hebesätze der Grundsteuer B drastisch anzuheben und freiwillige Leistungen wie zum Beispiel den Betrieb von Bädern oder soziale Hilfen zurückzufahren. Das Gesetz verpflichtet sie, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.“

Im Schreiben an das Land Nordrhein-Westfalen zeigten sich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus NRW tief besorgt. Bürgerinnen und Bürgern seien derartige Schritte nicht mehr vermittelbar. Stattdessen drohe das Vertrauen in Staat und Demokratie weiter zu erodieren. Auch die Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement werde darunter leiden, wenn im Rat nicht mehr gestaltet, sondern nur über Zumutungen entschieden werden könne.

„Wir appellieren an das Land und den Ministerpräsidenten, den Städten und Gemeinden zur Seite zu stehen und ein Sofortprogramm zur Rettung der kommunalen Handlungsfähigkeit zu unterstützen“, so Ruthemeyer.

Unter anderem fordern die Kommunen

- die Wiederherstellung einer aufgabenangemessenen Finanzausstattung durch deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz;
- die kurzfristige Ausschöpfung aller fiskalischen und haushaltsrechtlichen Ressourcen, um den Kommunen wieder Handlungsspielräume zu verschaffen, welche die Bezeichnung „kommunale Selbstverwaltung“ auch verdienen;
- den Abbau von Bürokratiehemmnissen;
- den Verzicht auf gesetzliche Regelungen zulasten der Städte und Gemeinden ohne eigene Finanzierungsverpflichtungen des Bundes beziehungsweise des Landes

Das Schreiben an Ministerpräsident Wüst finden Sie im Anhang zu dieser Pressemitteilung als PDF.

Das Präsidium

Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

An den
**Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen**
Herrn Hendrik Wüst MdL
Staatskanzlei NRW
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211-4587-1
Telefax 0211-4587-287
E-Mail: info@kommunen.nrw
www.kommunen.nrw

20.09.2023

Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir – die Mitgliedskommunen des Städte- und Gemeindebundes NRW, vertreten durch ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – wenden uns in großer Sorge an Sie. Der Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung in unserem Land steht auf dem Spiel.

Die gegenwärtige Situation der kommunalen Haushalte in unseren Städten und Gemeinden ist geprägt von einer beispiellosen Kumulation von Herausforderungen. Das krisengetriebene Zusammenwirken von stagnierenden Steuereinnahmen und Zuweisungskürzungen, stark steigenden Kosten für Sachaufwendungen und Personal sowie stetig neuen Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge überfordert die kreisangehörigen Selbstverwaltungsträger. Bund und Land sind gefordert, Schaden von der kommunalen Selbstverwaltung abzuwenden.

Beispielhaft machen wir auf folgende, gleichzeitige Überbelastungen unserer Städte und Gemeinden aufmerksam:

- stark inflationäre Preisentwicklung;
- Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit sowohl des hauptamtlichen als auch des ehrenamtlichen Engagements ohne erkennbare Aussicht auf Neuordnung des Zuwanderungsgeschehens;
- unzureichend finanzierter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich;
- kontinuierlich steigende Umlagebelastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden infolge der Kostenstrukturen der Landschaftsverbände und der Kreise ohne wirkungsvolle Rechtsschutzmöglichkeit;
- Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen;
- unüberschaubare Aufwendungen mit Blick auf Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen;
- steigende Zinslasten für sämtliche kommunalen Kredite;
- unregelmäßige Zukunft der dynamischen Finanzierung des Deutschland-Ticket;
- unzureichende finanzielle Beteiligung von Bund und Land an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter den ordentlichen Mitgliedern unseres Verbandes sind alarmierend: Im kommenden Haushaltsjahr erwarten 40 Prozent der Städte und Gemeinden den Gang in die Haushaltssicherung – weitere 20 Prozent können heute noch nicht absehen, ob sich dieser Schritt noch abwenden lässt.

Die Alarmsignale dürfen nicht länger überhört werden. Seit langer Zeit haben wir auf die unzureichende finanzielle „Grundausrüstung“ der NRW-Kommunen hingewiesen und eine deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz gefordert. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation und angesichts des bundesweit höchsten Kommunalisierungsgrades ist diese Forderung heute mehr denn je berechtigt. Auf eine aufgabenangemessenen Finanzausrüstung zu bestehen, bleibt für uns daher unabdingbar.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, uns ist bewusst, dass das Land sich ebenfalls einer schwierigen Finanzlage gegenübersteht. Ebenso ist uns bewusst, dass auch der Bund in erheblichem Umfang zu der strukturellen Krise der Kommunalhaushalte beigetragen hat. Deshalb tragen wir unseren dringenden Appell auch über den Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin mit Nachdruck vor.

Dennoch bleiben das Land und mit ihm Sie persönlich unsere wichtigsten Ansprechpartner. Die verfassungsrechtliche Pflicht zur Bereitstellung einer aufgabenadäquaten Finanzausrüstung der Kommunen und die Funktion als Sachwalter kommunaler Interessen bei der Bundesgesetzgebung gebieten es uns, das Land im gleichen Maße wie den Bund in die Verantwortung zu nehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Bund Steuersenkungen (wie zum Beispiel mit dem Wachstumschancengesetz) oder zusätzliche soziale Leistungen beschlossen werden, die Löcher in die kommunalen Kassen reißen, welche im Anschluss durch Erhöhungen kommunaler Steuern oder Reduzierung eigener Angebote im Bereich der freiwilligen Leistungen, zum Beispiel in der Jugendarbeit, geschlossen werden müssen. Zu oft und fortwährend haben Bund und Land derartige Vereinbarungen zulasten Dritter – der Städte und Gemeinden – getroffen.

Wenn sich an der gegenwärtigen Situation nichts ändern sollte, werden die Städte und Gemeinden in unserem Land fast flächendeckend gezwungen sein, die Hebesätze der Grundsteuer B in einem Maße anzuheben, das den Bürgerinnen und Bürgern schlichtweg weder vermittelbar noch zumutbar sein wird. Wir sind tief besorgt darüber, dass eine solche Entwicklung den Nährboden für eine weitere Polarisierung und den Verlust des Vertrauens in unser demokratisches Staatswesen bereitet. Auch die Bereitschaft zu kommunalpolitischem Engagement wird darunter leiden, wenn im Rat nicht mehr gestaltet, sondern nur über Zumutungen entschieden werden kann. Aus diesen Gründen appellieren wir dringend an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, unsere Forderungen zu unterstützen:

- Wiederherstellung einer aufgabenangemessenen Finanzausrüstung durch deutliche Erhöhung des Verbundsatzes im Gemeindefinanzierungsgesetz;
- grundsätzliche Prüfung von kommunalen Globalbudgets zur Aufgabenwahrnehmung;
- kurzfristige Ausschöpfung aller fiskalischen und haushaltsrechtlichen Ressourcen, um den Kommunen wieder Handlungsspielräume zu verschaffen, welche die Bezeichnung „kommunale Selbstverwaltung“ auch verdienen;
- Abbau von Bürokratiehemmnissen;
- finanzielle und planerische Unterstützung von Maßnahmen der Klimafolgenanpassung;
- Schaffung verbindlicher Regelungen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen und Sicherstellung des Betriebs;
- Schaffung eines Aktionsplans in Verbindung mit Planungserleichterungen und -unterstützung für die Bereitstellung von Wohnraum;
- Verzicht auf gesetzliche Regelungen zulasten der Städte und Gemeinden ohne eigene Finanzierungsverpflichtungen des Bundes beziehungsweise des Landes.

Wir betonen, dass Entscheidungen umgehend getroffen werden müssen. Sie wissen, dass wir Ihnen für persönliche Gespräche jederzeit gerne zur Verfügung stehen.

Hochachtungsvoll



Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer
Stadt Soest
Präsident



Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt
Stadt Kamp-Lintfort
1. Vizepräsident



Bürgermeisterin Alexandra Gauß
Gemeinde Windeck
2. Vizepräsidentin



Bürgermeister Christoph Fleischhauer
Stadt Moers
Sprecher der CDU-Gruppe



Bürgermeister Claus Jacobi
Stadt Gevelsberg
Sprecher der SPD-Gruppe



Mitglied des Rates Oliver Held
Stadt Altena
Sprecher der Gruppe B'90/DIE GRÜNEN



Bürgermeister Kai Abruszat
Gemeinde Stemwede
Vizepräsident und Sprecher der FDP-Gruppe



Bürgermeister Christian Thegelkamp
Gemeinde Wadersloh
Sprecher der parteilosen Bürgermeister/innen



Bürgermeister a.D. Christof Sommer
Geschäftsstelle StGB NRW
Hauptgeschäftsführer

Anlage: Zeichnung durch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Mitgliedskommunen